

Antrag-Nr.: 19.1
zu TOP: 9
Rasterpkt.: Asylpolitik

A N T R A G zur Hauptversammlung vom 8. bis 10. Oktober 2015 in Bonn

Antragsteller: Dr. Kriett, Dr. Katzmann, ZÄ Wandelt, Landesvorstände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Landesverband: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Headline: Zahnärztliche Behandlung von Flüchtlingen

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): Keine

Wortlaut des Antrages:

- 1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Verantwortlichen dazu auf, schnellstens für Sicherheit und Transparenz bei der zahnärztlichen Versorgung von Asylbewerbern, Migranten und Flüchtlingen zu sorgen. Dabei
- 2 ist insbesondere erforderlich:
- 3 Ein verbindlich definierter Leistungsumfang.
- 4 Eine klare Regelung zum Umgang mit Sprachbarrieren.
- 5 Eine gesicherte Finanzierung.

8

Begründung:

- 9 *Für das Asylrecht gibt es keine Obergrenze, für die Belastbarkeit zahnärztlicher Praxen (und der Gesellschaft) sehr wohl.*
- 10 *Es ist nicht zumutbar, dass die Folgen einer unstrukturierten Asylpolitik auf kleine Selbständige abgewälzt werden.*
- 11 *Zahnärzte engagieren sich vielfältig ehrenamtlich – auch in der Versorgung Hilfsbedürftiger. Die Übernahme staatlicher Aufgaben kann nur mit gesicherten Rahmenbedingungen erfolgen.*

Abstimmung: Mit sehr großer Mehrheit bei einer Enthaltung angenommen.